



Antrag

der Fraktion CDU

Allen Formen des Extremismus durch Prävention entgegen wirken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Berücksichtigung bestehender Strukturen ein Konzept zu erarbeiten, um allen Formen des Extremismus mit präventiven Maßnahmen entgegenzuwirken.

Zentrale Punkte eines solchen Konzeptes sind insbesondere:

- Die Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere Jugendlicher und junger Erwachsener, über die Gefahren und Strukturen extremistischer Strömungen sowie über deren Strategien zur Gewinnung von Anhängern,
- die frühzeitige Aufdeckung und damit verbunden die Bekämpfung der Bildung extremistischer Strukturen in allen Bereichen,
- die konsequente strafrechtliche Verfolgung von politisch motivierten Straftaten aus allen Bereichen des Extremismus sowie
- die intensive Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden um Radikalisierungstendenzen frühzeitig entgegen zu treten.

Die Landesregierung wird weiterhin gebeten, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die länderübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Extremismusprävention intensiviert wird und durch einen konsequenten Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern Synergieeffekte bestmöglich genutzt werden,
- der Austausch und die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder im Bereich Extremismusbekämpfung im Hinblick auf die Effektivität überprüft und gegebenenfalls bedarfsgerecht angepasst wird,
- länderübergreifende Präventionspartnerschaften zwischen Behörden und öffentlichen Einrichtungen gefördert und ausgebaut werden.

Begründung

Der Verfassungsschutzbericht des Jahres 2013 hat zum wiederholten Male deutlich gemacht, dass Gefahren aus allen Richtungen des extremistischen Spektrums drohen. Dies gilt für den Rechtsextremismus, ebenso aber auch für den Linksextremismus und den Islamismus.

Alle Formen des Extremismus bekämpfen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Alle Formen des Extremismus sind eine Gefahr für die Gesellschaft. Und alle Formen des Extremismus betreiben eine Diskriminierung gegenüber anders Denkenden.

Die Zahl der politisch motivierten Straftaten aus dem linksextremen Spektrum ist im letzten Jahr auf den höchsten Stand seit 2009 gestiegen. Die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Bezug hat ebenfalls im Vergleich zum Jahr 2012 zugenommen. Und auch im Bereich des Salafismus spricht der Verfassungsschutzbericht von einer steigenden latenten Gewaltbereitschaft.

Extremismus ist damit kein Phänomen einzelner politischer, religiöser oder weltanschaulicher Richtungen. Extremismus ist eine Bedrohung, die von unterschiedlichen Seiten kommt.

Im Bereich der Prävention ist deshalb auch eine weitergehende Ausrichtung erforderlich. Präventionsarbeit darf sich nicht auf den rechtsextremistischen Bereich beschränken, sondern muss mit gleicher Konsequenz auch den linksextremistischen und den islamistischen Bereich erfassen. Dies ist bisher jedoch nicht der Fall. Der Europarat hat in einem Bericht vom 25.02.2014 festgestellt, dass in Deutschland der Begriff Rassismus eng mit dem Rechtsextremismus verbunden ist. Der Begriff werde häufig nur für Bemerkungen mit einer „biologischen“ Komponente verwendet, obwohl er auch für fremdenfeindliche und intolerante Einstellungen verwendet werden sollte. Andere Formen von Rassismus und Diskriminierung würden daher verkannt.

Auch in Schleswig-Holstein fehlt es an einem zielgerichteten Gesamtkonzept gegen Extremismus. Auch hier im Land ist bislang eine Fixierung fast ausschließlich auf den rechtsextremen Bereich erfolgt.

Astrid Damerow

und Fraktion

Petra Nicolaisen